

DAK-Gesundheit fordert gesundheitspolitische Reformen Verwaltungsrat bekräftigt Forderungen an die zukünftige Bundesregierung / 22-Milliarden-Haushalt der Kasse beschlossen

Berlin, 21. Dezember 2017. Die DAK-Gesundheit fordert Reformen von der zukünftigen Bundesregierung. Der Verwaltungsrat der drittgrößten Krankenkasse plädiert unter anderem für eine Stärkung der Selbstverwaltung und für einen fairen Finanzausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung. Das Parlament der DAK-Gesundheit hat außerdem den Haushalt der Krankenkasse für 2018 in Höhe von über 22 Milliarden Euro beschlossen. Trotz steigender Ausgaben in wichtigen Leistungsbereichen halten die Selbstverwalter den Gesamtbeitragssatz stabil auf Vorjahresniveau.

„Die Herausforderungen, denen sich eine neue Regierung stellen muss, sind groß“, sagt Dieter Schröder, Vorsitzender des Verwaltungsrates. „Um das wertvolle Solidarsystem der gesetzlichen Krankenversicherung für die Zukunft zu sichern, muss es weiterentwickelt werden.“ Das Parlament der DAK-Gesundheit bekräftigt seine Positionen aus dem sogenannten „Gesundheitspolitischen Kompass“ und fordert eine Stärkung der demokratisch legitimierten Selbstverwaltung sowie eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Beiträge. Die Selbstverwalter setzen sich zudem für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Krankenkassen ein: „Durch Webfehler im Finanzausgleich, dem sogenannten Morbi-RSA, werden manche Kassen ungerechtfertigt besser gestellt und andere systematisch benachteiligt“, erläutert Horst Zöller, stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates.

Die DAK-Gesundheit wird das Jahr 2017 mit einem Überschuss von rund 230 Millionen Euro abschließen. Diese Mittel werden in die Rücklage abgeführt. Die DAK-Gesundheit wird damit auf einer soliden Finanzbasis ins Jahr 2018 starten. Der Haushalt wird im nächsten Jahr im Bereich der Krankenversicherung ein Volumen von über 22 Milliarden Euro haben. „Wir investieren in die Qualität der Versorgung und in hochwertige Leistungen für unsere Versicherten“, erklärt Dieter Schröder. So hatte der Verwaltungsrat beispielsweise noch in der letzten Wahlperiode besondere Satzungsleistungen für Diabetiker und erweiterte Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere, Kinder und Jugendliche beschlossen. Der Haushalt 2018

umfasst Ausgaben für Krankenhäuser von fast 7,3 Milliarden Euro, für Arzneimittel rund 3,7 Milliarden und für ärztliche Behandlungen rund 3,6 Milliarden. Mit dem Haushalt 2018 hat der Verwaltungsrat einen unveränderten Gesamtbeitragssatz von 16,1 Prozent beschlossen. „Dank der stabilen Finanzlage bleibt er stabil, obwohl wir steigende Ausgaben in den wichtigsten Leistungsbereichen haben“, so Schröder. Der Haushalt der Pflegekasse umfasst knapp vier Milliarden Euro.

Die DAK-Gesundheit befindet sich in einem Umstrukturierungsprozess, der Ende des kommenden Jahres abgeschlossen sein wird: Die DAK-Gesundheit wird bis dahin 1.900 Vollzeitstellen abgebaut haben. Zugleich wird die Organisationsstruktur grundlegend modernisiert und der Kundenservice verbessert. Der Umbau der Kasse wird dazu führen, dass die DAK-Gesundheit in den nächsten Jahren Verwaltungskosten in erheblichem Umfang einsparen wird.

Die DAK-Gesundheit ist eine der größten gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland und versichert 5,8 Millionen Menschen. Mehr Informationen zu ihrer Selbstverwaltung gibt es unter www.dak.de/verwaltungsrat im Internet.